

Brauerei-Beitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Österreich.

Nº 4.

Das Blatt erscheint wöchentlich am Freitag.

Redaktion und Expedition: Hannover, Burgstraße 9.

Hannover, 26. Januar 1906.

Verleger u. verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.
Druck von Dörrie & Böker, Hannover.

16. Jahrg.

Protestversammlungen

müssen möglichst an allen Orten mit Brau- und Malzindustrie arrangiert werden!

Zu vergessen ist dabei nicht die Agitation!

Vor allen Dingen mehr Agitation, Stärkung der Organisation, damit wir zu gegebener Zeit unserer Aufgabe gewachsen sind!

Dazu tue jeder sein Bestes!

Protestversammlungen

der Brauereiarbeiter gegen die Brauunterwerbung fanden statt, und wurde die Protestresolution einstimmig angenommen:

Am 6. Januar in Kaiserslautern (40 Personen);

am 7. Januar in Saalfeld (55), Düsseldorf (80);

am 12. Januar in Niesa, mit den übrigen Arbeitern zusammen (250);

am 13. Januar in Straßburg-Königsbach (120), Walthausen, zusammen mit den übrigen Arbeitern (500);

am 14. Januar in Gemünden (100), Koblenz (50), Zweibrücken (40), Milheim a. d. Ruhr (32); St. Johann-Saarbrücken (45), Mannheim (158), Pforzheim (40), Schwenningen (70), Salzungen (25), Chemnitz (157);

am 16. Januar in Mülhausen i. Th. (39);

am 17. Januar in Harburg (55);

am 18. Januar in Sangerhausen (150), Bant-Wilhelmshaven (20);

am 20. Januar in Elm (20), Gibau, mit den Fabrikarbeitern zusammen (200), Alstedt, S.-W. (20), Rehau (27);

am 21. Januar in Dornburg (12), Freiburg i. Br. (60).

Versammlungsrecht und Privatrecht in Sachsen.

Für Freitag, den 19. Januar, abends 8^{1/2} Uhr war nach dem „Weißen Ross“ in Glauchau eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. Der gegenwärtige Stand der Differenzen in der Stadtbrauerei, 2. Diskussion: Referent: Gauleiter Stöcklein aus Leipzig, einberufen worden. Auch waren 5–600 Personen zur Versammlung erschienen, doch ließen die von Seiten der Glauchauer Polizeibehörde zur Überwachung erschienenen Beamten die Versammlung nicht stattfinden. Warum? Weshalb? Handelte es sich um eine „Wahlprotestversammlung“, um ein unsittliches Thema, um ein Thema zur Verherrlichung der russischen Revolution oder schlugen die Lüden des Saales nicht vorschriftsmäßig nach außen, oder stören etwa die überwachenden Polizeibeamten im ungeheizten Saale? In Sachsen weiß man, daß von all diesen und noch einigen mehr Urfällen im Königreich Sachsen das Schicksal einer Volksversammlung abhängt. Aber nichts von alledem. Die Ursache war vielmehr, daß dem Brauereibesitzer Hähnel in Glauchau die Versammlung, von deren Ausgang er für sich materiellen Schaden befürchtete, nicht paßte und er sich gegen Erlegung von 500 Mark zur Unterlegungskasse des dortigen Amtsgerichts den Erlass einer einstweiligen Verfügung wegen Dringlichkeit erwirkte und an die Polizeibehörde herangetreten war, auf Grund dieses Erlasses die Versammlung zu unterdrücken.

Und er hatte Erfolg!

Die vielen hunderte von Menschen mußten unverrichteter Sache wieder nach Hause gehen. Man konnte meinen, sich in Rückland zu befinden. Aber wir sind in der Tat in Glauchau in Sachsen, wo sich der Vorhang ereignet hat, daß die Deponierung von 500 Mark barem Geldes erreichte, um eine öffentliche Volksversammlung unmöglich zu machen.

Der merkwürdige Zusammenhang ist aber dieser:

Die etwa ein halbes Dutzend betragenden Brauereiarbeiter der kleinen Stadtbrauerei in Glauchau hatten ihrem Chef, dem Brauereibesitzer Moritz Hähnel, den neuen Wohnort unterbreitet und waren, als sich deswegen Differenzen ergaben, davon von ihm, welche beständig sämtlich ohne Rücksicht in Arbeit standen, außer Arbeit getreten. Als nächste Folge dieses Vorganges erschien ein die Arbeiter und Einwohner von Glauchau übergetriebenes Flugblatt der Brauereiarbeiter, das in schärfster Weise Stellung gegen Hähnel nahm. Gegen den verantwortlich zeichnenden E. Stöcklein und die Druckerei von Seifert u. Comp. Zwickau, erwirkte hierauf Hähnel einen amtsgerichtlichen Erlass, laut welchem unter Strafandrohung bis zu 500 Mk. den Betreffenden die Wiederholung derartiger, den Hähnel in seinem Erwerb schädigender Flugblätter untersagt wurde.

Auch kam es zur Überweisung der fraglichen öffentlichen Volksversammlung.

Der Brauereibesitzer Hähnel ließ zu einem Rechtsanwalt und ließ sich dahin beraten, beim Amtsgericht Glauchau gegen Deposition von 500 Mark Geld die Inhibition der Volksversammlung zu bewirken.

Und sieht da, daß Amtsgericht brachte in der Tat einen Erlass an den Einberufer der fraglichen Versammlung, einen Erlassgesetz, aus, nach welchem der selbe bei

fünfhundert Mark Geldstrafe für jeden

zu widerhandlungsfall die für den 19. Januar nach dem „Weißen Ross“ in Glauchau einberufenen, die Differenzen mit dem Antragsteller zur Tagesordnung habende Volksversammlung, sowie weitere denselben Gegenstand betreffende Volksversammlungen nicht abhalten dürfe.“

In der Verfügung des Amtsgerichts Glauchau heißt es noch:

Dem Antragsteller wird eine Frist von 1 Woche gestellt, innerhalb deren der Gegner zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung vor das Gericht der Hauptstelle zu laden ist.

Der Antrag, dem hiesigen Stadtrat als Aufsichtsbehörde von diesem Beschuß Kenntnis zu geben, wird abgelehnt, weil es Sache des Antragstellers ist, dies, soweit es erforderlich, selbst zu bewirken.

Die Wirkung dieses Beschlusses haben wir schon oben mitgeteilt.

Um die Angelegenheit in das rechte Gesichtsfeld zu rücken, teilen wir noch die Gesetze und Paragraphen mit, auf welche sich dieser Beschluß stützt:

§§ 152 und 153 der Gewerbe-Ordnung,
§§ 823 ff., 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs,
§§ 936, 940, 842 der Zivilprozeß-Ordnung.

Die Logik des ganzen ist aber diese:

Nach § 1 der Gewerbeordnung darf jeder Bürger ein Gewerbe betreiben. Nach § 152 dürfen Arbeiter streiken bezw. zur Verbesserung der Wohn- und Arbeitsbedingungen sich zusammen; § 153 regelt dagegen die Strafen wegen Verfehlungen aus § 152 der Gewerbeordnung.

Weiter:

§ 823 des Bürgerlichen Gesetzbuchs spricht von unerlaubten Handlungen, von vorsätzlicher oder fahrlässiger Gefährdung des Lebens, der Gesundheit, des Körpers, der Freiheit oder der Eigentumsverletzung und spricht dem Verletzten Schadensersatz zu. Dasselbe gilt, wenn gegen ein den Schutz des anderen bezweckendes Gesetz verstochen wird.

§ 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs spricht von dem Schadensersatz des näheren.

§ 936 der Zivilprozeßordnung gestaltet die Ordnung einstweiliger Verfügungen und

§ 940 definiert solche aus zum Zwecke der Regelung eines einstweiligen Zustandes in bezug auf ein streitiges Rechtsverhältnis, sofern diese Regelung, insbesondere bei dauernden Rechtsverhältnissen, zur Abwendung wesentlicher Nachteile oder zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen nötig erscheint; endlich

§ 942 der Zivilprozeßordnung, welcher dem Amtsgericht in dringenden Fällen den Erlass einer einstweiligen Verfügung unter Bestimmung einer Frist, innerhalb welcher der Gegner zur mündlichen Verhandlung über die Rechtmäßigkeit der einstweiligen Verfügung vor das Gericht der Hauptstelle nach zu laden ist.

Der Leser fragt, was das alles mit dem sächsischen Vereins- und Versammlungsrecht vom 22. November 1850, einem dem öffentlichen Recht im engeren Sinne angehörenden Gesetz, zu tun hat?

Dasselbe fragten wir uns auch.

In der Tat ist der Zusammenhang der zur Begründung des fraglichen Beschlusses angezogenen Gesetze und Paragraphen mehr als lose, er ist unhaltbar.

Denn das Vereins- und Versammlungsgesetz ist eine in sich selbst abgeschlossene Rechtsmaterie, öffentliche Recht, die vom Amtsgericht Glauchau angezogenen Gesetze gehören ebenfalls einer in sich selbst abgeschlossenen, von der genannten durchaus verschiedenen Rechtsmaterie, nämlich dem Privatrecht bzw. bürgerlichen Recht an.

Das Amtsgericht Glauchau hat aber mit den letztbereiteten Rechtsbestimmungen und der Anweisung an Hähnel, von der politischen Behörde die Inhibition der Volksversammlung zu verlangen, auf das politische Recht der Verwaltungsbefehl und der Verwaltungsbehörde und der gesamten Bürger direkt übergegriffen und dazu hatte es kein Recht.

Beinahe so merkwürdig, wie der von dem Privatmann Hähnel bei der politischen Behörde in Glauchau präsentierte „Beschluß“ des Glauchauer Amtsgerichts, ist die Erfolglosigkeit dieses Beschlusses durch die Polizeibehörde, die durch ihre Handlung des Recht der Einwohner, sich friedlich und „ohne Gewaltigung“ in geschlossenen Räumen versammeln zu dürfen, auszuüben unmöglich gemacht hat.

Nach dem geschilderten Vorgange kann einfach jeder Unternehmer, der wegen Lohn- und Arbeitsverhältnissen mit seinen Arbeitern in Differenzen geraten ist, unter dem Vorbehalt, daß ihm durch die Arbeitsniederlegung Schaden entstehen könnte, sowie bei Niederlegung irgend einer vom Amtsgericht zu bestimmenden Geldsumme jede Versammlung unmöglich machen.

Damit man nicht etwa glaubt, daß wir entschuldigende Momente bei unserer Darstellung weggelassen haben, bemerkten wir noch, daß die vom Amtsgericht Glauchau angezogenen Paragraphen der Zivilprozeßordnung sich lediglich auf privatrechtliche Dinge beziehen, z. B. auf Sequestrationen, Veräußerungen, Beleihungen ob der Veränderungen, weiter auf Patentstreitigkeiten, Alimente, Handelsgeschäfte, Liquidationen, Abschüttungen im Grundbuch, Sicherung des Unternehmens eines Handgewerbes, Schiffssregister, unlauteren Weltbewerb usw.

In allen diesen Fällen handelt es sich immer um privatrechtliche Leistungen und Gegenleistungen, nie um irgendeins aber ist davon die Rede, daß auch auf politische Rechte, die zu den Grundrechten aller Staatsbürger gehören, ein beliebiger Privatmann die Zivilprozeßordnung oder das Bürgerliche Gesetzbuch in Anspruch nehmen und öffentliche Volksversammlungen darin machen dürfte.

Auch nur sind wir auf die Antwort gespannt, die die politische Behörde auf einzuwendende Beschwerde gegen die durch 500 Mk. zu Wasser gemachte Volksversammlung gedenkt.

Wie wenig oder die Glauchauer Polizeibehörde geneigt ist von ihrem rechtssicherlichen Verfahren abzuweichen, beweist auss neuer wieder das auf Grund von §§ 5 und 12 des „Zivils“ erfolgte Verbot der auf letzten Sonntag nachmittag

in Glauchau einberufenen Volksversammlung, die sich gleichfalls mit den Zuständen in der Brauerei M. Hähnel beschäftigen sollte.

Das Verbot lautet in seiner „Begründung“ u. a.:

„Die Besprechung der zwischen dem Brauereibesitzer Hähnel und seinen Arbeitern ausgebrochenen Differenzen ist öffentlicher Volkserhaltung verfolgt offenbar nur den Zweck, weitere Kreise der Arbeiterbevölkerung, die sich von den erwähnten Differenzen nicht im geringsten betroffen werden, in diesen Streit hineinzuziehen und sie zu veranlassen, die Arbeiter Hähnels in dem Streit mit ihren Arbeitgebern zu unterstützen. Dies soll offenbarlich geschehen, daß sämtliche Arbeiter alle diejenigen Schankwirtschaften meiden, in denen Wirt aus der Hähnel'schen Brauerei verschrankt wird. Es ergibt sich dieses nicht aus der Fassung der verschiedenen Flugblätter, die in dieser Angelegenheit bereits verbreitet worden sind, sondern namentlich auch aus dem Umstande, daß vor kurzem unter dem hiesigen Arbeiterschaft gedruckte Verzeichnisse der Betriebnahme der Hähnel'schen Brauerei verteilt worden sind.“

Die mit der Abhaltung der Volksversammlung offenbar bezeichnete Aufforderung zum Boykott widerspricht aber dem Gesetz, und es ist deshalb die Versammlung nach § 5 des Vereinsgesetzes zu verbieten.“

Auch dagegen wird Sturz bei der Oberbehörde erhoben werden, deren Entscheidung bei der Eigenartigkeit der Materie einen Präzedenzfall bilden wird.

Bewegungen im Berufe.

† Bremen. Mit der Niederlage der Gewerbe- und Arbeiter-Brauerei wurde am 16. Januar ein Tarifvertrag abgeschlossen. Näheres folgt.

† Dresden. Mit der Pirnaer Malzfabrik vor malz u. Co. wurde seitens der Vertreter der Brauereiarbeiter folgendes, gültig vom 1. Januar 1906 ab, vereinbart:

1. Die Tennenwalder sollen einen Wochenlohn von 23 Mk. und 1 Mk. wöchentliches Wohnungsgeld, die Döbelner einen Wochenlohn von 24 Mk. und ebenfalls 1 Mk. wöchentliches Wohnungsgeld, die Speicherarbeiter einen Stundenlohn von 35 Pf. erhalten. Der Sohn und das Wohnungsgeld soll wöchentlich bezahlt werden und zwar immer freitags.

2. Die Arbeitszeit soll täglich 10 Stunden betragen, und zwar hat diese bei den Mälzern innerhalb 13 Stunden zu liegen, bei den Speicherarbeitern aber innerhalb einer Zeittäler von 12 Stunden.

3. Für eine über 60 Stunden wöchentlich hinausgehende Arbeitszeit werden Überstunden bezahlt, und zwar 37 Pf. pro Stunde. Diese Überstunden sollen bis auf eine Viertelstunde berechnet werden mit Abzähnung nach oben.

4. Die zu gewährnde Sonntagsruhe hat nach Möglichkeit zu betrachten jeden dritten Sonntag 36 Stunden oder jeden zweiten Sonntag 24 Stunden, oder jeden Sonntag 12 Stunden.

5. Bei Erkrankungen erhalten die Arbeitnehmer, wenn die Krankheit mindestens 14 Tage dauert, für die ersten drei Tage Krankengeld, zu dem ihnen von der Ortskasse zustehendes Krankengeld.

6. Die bisher gewährten besonderen Vergütungen fallen weg. Die Weihnachtsgratifikationen sind bis Ende Dezember 1905 zu berechnen und sofort zur Auszahlung zu bringen.

7. Bei Schluss der jetzigen Kampagne werden die zuletzt eingestellten Arbeitnehmer zuerst und die weiteren der Reihe folge ihrer Einstellung nach entlassen. Die bisher Beschäftigten welche sich bis zum 1. August 1905 melden, haben den Betrieb vor den Arbeitern, die noch nicht in der Fabrik beschäftigt waren, und werden bei Beginn der neuen Kampagne in erster Linie eingestellt, sofern sie in der jetzigen Kampagne zur Betriebseinführung gearbeitet und sich gut geführt haben. Solche Arbeitnehmer, die trotz wiederholter Verwarnung seitens der Betriebsleitung in Arbeit und Führung den Schwertungen nicht entsprochen haben, haben keinen berechtigten Anspruch auf Wiedereinführung. Auf Ausläßarbeiter — die Ausläßarbeit soll die Dauer von 4 Wochen nicht überschreiten — finden die Bestimmungen in diesem Abschnitt 7 keine Anwendung.

Bezüglich der beiden Obermälzer wird besondere Betrachtung vorbehalten.

Dresden, den 16. Januar 1906.

Mit diesen Vereinbarungen ist ein System geschaffen, das wohl nur da zu finden ist, wo die Arbeitnehmer nicht mit bestimmten haben, unter welchen Bedingungen sie ihre Arbeitszeit verlaufen wollen; das Tantieme-Ver sprechen bei Beginn der Kampagne, d. h. derjenige, wo er treu und brav die ganze Kampagne aushält, sich mit 18 Mark wöchentlich und noch weniger abspiesen läßt, der kann dann eventuell — wenn er es nicht vordem — besser erachtet, dem Betrieb ein Rücken zu kehren — am Schlusse der Kampagne eine Tantieme, wie es genannt wird, in Höhe von monatlich 5 bis 10 Mark in Empfang nehmen, um dann damit die während der Kampagne aufgelaufenen Schulden zu bezahlen. Aber gar mancher konnte diesen dann nicht gerecht werden; sobald er die Arbeit selbst verließ, hatte er keinen Anspruch auf die Tantieme, er hatte höchstens die Genugtuung, zu beobachten, wie seine verdienten Groschen in den Dividendenhäcksel der Aktionäre fließen. Da mancher Kollege schon vor Schlusse der Kampagne dem Betrieb den Rücken kehren mußte, dafür sorgte schon die damalige Betriebsleitung. Eine Arbeitszeit von 70 Stunden wöchentlich, Schichten von 24 Stunden täglich, das alles sollte und kann nur noch da gang und gude sein, wo noch keine Organisation Eutritt gefunden. Mit all diesen mittelfalterischen Verhältnissen ist aufgeräumt worden. Aber auch sonst hat die Betriebsleitung den einzelnen Kollegen Aufschlüsselungen von 3,70–6,70 Mk. wöchentlich gebracht, ebenfalls Bezahlung per Überstunden und Sonntagsarbeit. Nun Kollegen, die Organisation hat ihre Pflicht getan, nun darf aber sie erwarten daß ihr dasselbe tut. Der letzte Mann muß gewonnen werden für die Organisation, damit ihr gemeinsam für Fortsetzung der getroffenen Verbesserungen Sorge tragen können.

† Strasburg. Im Streit in der hiesigen Vereinsbrauerei ist eine Änderung noch nicht eingetreten. Der mittelfalterliche Vertrag seitens der Steuernden blieben bis auf

antwortet. Gelegentlich einer mündlichen Vorsprache selten der Gauleitung wurde mündliche Verhandlung abgelehnt und auf schriftliche verwiesen. Diesem nachgekommen, wurde seitens der Direktion mitgeteilt: „Dass auf eine Einigung nicht mehr gerechnet zu werden brauchte, da die damals genannten Einigungsvorschläge, die darin gipfelten, dass nach Auswahl der Direktion 4 von den 13 Aussändigen wieder eingestellt werden sollten, abgelehnt seien.“ Im weiteren teilte die Direktion mit, dass sie genügend „ordentliche“ und „aufriedene“ Arbeiter habe und kein Grund zu deren Großmachung vorliege. Wie uns jedoch bekannt ist, wartet die Direktion darauf, dass die Streikenden mangels Unterstützung von selber formieren. Wie schon früher dargelegt, ist nur die Organisationsfeindlichkeit der Betriebsleitung das Motiv des Vorgehens gewesen. Auf solche Art „ordentliche“ Arbeiter, die an ruhig ihres Weges gehende Mitmenschen handgreiflich werden, mag die Direktion der Vereinsbrauerei nur ruhig stolz sein; wie lange unter den Streikenden gegenüber gesuchten Verhandlungsweise die „Zufriedenheit“ andauert, sei der Zukunft überlassen. Nur eins sei hiermit noch festgestellt, dass der Direktion nichts an einem ehrlichen Frieden liegt, ihre an den Tag gelegte Friedensliebe hat sie selbst widerlegt. Die Brauereiarbeiter allerorts können aus diesem viel lernen und es kann für sie nur eins geben: Enger en Zusammenschluss aller Brauereiarbeiter im Brauereiarbeiterverband!

[†] Ludwigshafen. Am 14. November wurde seitens der Zahnstelle Ludwigshafen mit der Pfälzischen Malzfabrik ein Tarifvertrag, gültig vom 1. Januar 1906, abgeschlossen. Der Tarif enthält 10 stündige Arbeitszeit, 27,50 Mf. Wohlenlohn (2,50 Mf. Erhöhung), Lohnausschlag für Überstunden, Sonntags- und Nacharbeit 10 Prozent, Anerkennung der Organisation.

Gottespondenien.

Augsburg. Die hiesigen Brauereiarbeiter hielten am 9. Januar eine außerordentliche Versammlung ab, welche sich hauptsächlich mit der Bezahlung der Sonntags- und Überstundearbeit, sowie der Behandlung der Arbeiter beschäftigte. Folgende Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen: „Die heute im Geschäft „Zum Würtzbaucher Hof“ stattgehaltene, sehr art besetzte außerordentliche Versammlung fordert von den Arbeitgebern die bedingungslose Einhaltung der im Tarif festgelegten Bezahlung aller Sonn-, Feiertags- und Überstundearbeit und protestiert energisch gegen diejenigen Brauereibesitzer, welche dies zu umgehen suchen. Ferner äußert die Kollegenschaft den dringenden Wunsch einer besseren, menschenwürdigeren Behandlung durch die Herren Braumeister, Vorarbeiter und kleinen Besitzer. Beabsichtigt energischer Durchführung alles dessen verpflichtet sich jeder einzelne, für einen entsprechenden Ausbau der Organisation zu wirken.“

Düsseldorf. Am 7. Januar fand eine öffentliche Protestversammlung der Brauereiarbeiter gegen die geplante Erhöhung der Brausteuer. Professor Faute-Elberfeld führte in seinem einstündigen Referate etwas folgendes aus: Betrachten wir die steigenden Steuern erhöhungen, so finden wir bald heraus, daß die

atmende Klasse es ist, welche den Hauptanteil davon zu

fragen hat. Redner wies sodann zunächst auf die allgemeinen Militärvorlagen hin, die von den Vertretern der bürgerlichen Parteien im Reichstage immer als unabdingt notwendig hergeholt werden, deren Kosten aber von der großen Masse des Volks getragen werden müssen. Bürden allerdings die Leisende von Arbeitern, die bis heute ihre Lage noch nicht beziffen haben, einmal einsehen, daß es auch ihre Pflicht ist, gegen derartige Vorlagen Front zu machen, wie die aufgeklärte Arbeiterschaft, dann würden Reichsregierung und bürgerliche Parteien nicht so schnell bei der Hand, immer wieder neue Steuern einzufordern, um sie auf die Arbeiter abzuwälzen. Dies ist auch bei der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer der Fall. Das Brauereiunternehmen wird sich selbstverständlich dabei schadlos halten. Es wird entweder die Bierpreise erhöhen, oder wird die Biere danach herstellen. Wir sehen hier ja klar, wie der Arbeiter als Konsument den größten Anteil der Steuern zu tragen hat. Was geschieht aber bei eventueller Erhöhung der Brauerei mit den Brauereiarbeitern? Weil den ihnen werden arbeitslos; des weiteren wird es schwer für sie fallen, füg bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Leider führt noch bei einem großen Teil der in Brauereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiter die Einigkeit, sich ihrer Arbeiterorganisation, dem Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, anzuschließen, nur gegen all derartige Beschwörungen gefürchtet dagestanden. Redner kam dann auf die jetzt immer mehr steigenden Ausgaben des Heeres und der Marine zu sprechen und wies in verschiedenen Zahlen nach, wie seit 1872 eine ungeheure Steigerung in diesen Ausgaben eingetreten ist. Ebenso haben sich die Reichsschulden bis zum Jahre 1904 auf über 3 Milliarden angehäuft. Allerdings kann mir vorgebert werden, wenn die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands einen immer engeren Zusammenhang unter sich und eine Kraft repräsentiert, die gegen alle derartige Ausfuhrung Front macht. So der deutschen Reichslage sind es einzigt und allein die sozialdemokratischen Parteien, die gegen alle derartige Schießpisten, die dem Namen alles ruhant und dem Rechte unserer Freiheit nicht gibt, ihre Stimme erhebt. Späth: Der Arbeiter sei es daher, füg der sozialdemokratischen Partei, der sozialen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Nur auf diese Weise könnten die Arbeiter ihre Interessen wahren. In der Diskussion wies Kollege Späth darauf hin, daß es leider viele Brauereiarbeiter bis heute noch nicht beziffert habe, welche Stärke die Erhöhung ihres Gewerbes sei bei einer eben jenen Annahme der Biersteuererhöhung eingegangen. Hunderte von kleinen Brauereien, in denen sich viele armerer Bevölkerungen ihren Verdienst suchen, werden verschwinden. Wie kommt für diese Kollegen? Die deutsche Reichsregierung wird sich nicht darum kümmern, ob diese Kollegen ihr Datum früher bringen oder nicht. Daraus muß Kraut für jeden in der Brau- und Malzindustrie beschäftigten Arbeiter die Erfolg sein, sich unverzüglich dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen, damit er sich gegen derartiges schützen kann. Welches ist nun kommt hin, daß bei einer derartigen Steuerung der Brauereien die Brauereiarbeiter zur Verdeckung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen noch schwerere Kämpfe zu führen haben werden als bisher. Die beiden Organisationen werden einander gegenseitig unterstützen.

Eberfeld-Barmen. Eine öffentliche Pressekonferenz der Bauschreibervertretung von Eberfeld-Barmen gegen die geplante Erhöhung der Bauschreiber fand am 7. Januar statt. Der Präsident Herr Giese jr. eröffnete sein Sekretär mit einem Gedicht auf die Schändlichkeit des Eisenpreises und betonte, daß das Unternehmen führen wolle jetzt ganz größten Teile Sache des armen Mannes zu sein. Wie sahen die Gewerkschaftsführer diese Steuerlasten auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt? Sie sahen auch jetzt die wadenden Gewölben eilig bewegen, sich die „nebenreichen“ Dorfschäfer als Hinter schwinden. Der Arbeitstag wäre wieder leicht und immer höhere Gewerkschaften aufzuhören. Gottliebsegg entließ die Regierung Zeidler, die für nicht einen neuen Staat befreit, natürlich Eberfelder, ja es den Arbeitern, doch Gott sei zu befehlen, aber bei der Fichte ist der Arbeitstag selbst bei dem Stunde, um das reiche Ergebnis in den unverhohlenen Stoff I. des Eisenpreises verhüllenden zu fallen. Würde aber noch Beispiel an die Brüder des Kaufmanns geben, so ist diese Befreiung nach dem Zeit begehrtegen zu dem einen kleinen Bergbauunternehmen obenanmerkten Hofnungspunkt, zu

der von ihnen als „unumgänglich notwendig“ angesehen Vermehrung des Heeres und der Marine, dann will das Geheule und Mordioschreien schier kein Ende nehmen, und ihre Bemühungen sind denn auch meistens von Erfolg gekrönt, wie bei der Erbschaftssteuer wieder zu verzeichnen ist. Nicht allein daß durch den neuen Zolltarif und die Handelsverträge die Arbeiter ganz allgemein schon schwer geschädigt werden, man greift einzelne Industrien auch noch besonders heraus und schädigt die Arbeiter derselben durch ein verkorktes Wettbewerbsystem. Wedner geht daran

durch ein verkehrtes Besteuerungssystem. Redner geht dann kurz auf die „Finanzreform“ ein und kommt nunmehr speziell zur Erörterung der Biersteuer. Welche finanzielle Wirkung diese von der Regierung vorgeschlagene kolossale Erhöhung auf die Brauereien haben wird und welche furchtbare Rückwirkung vor allen Dingen auf die Brauereiarbeiter daraus entsteht, ist leicht zu übersehen. Denn daß die Brauereien die Lasten nicht tragen werden, liegt klar auf der Hand, wird ja von ihnen auch stark und frei zugestanden. Sie werden also die Lasten abwälzen auf andere. Auf alle Fälle blühen den Brauereiarbeitern zweifelsohne Verschlechterungen eminenter Art, wenn die Organisation nicht auf dem Posten ist. Vorläufig liegen die Arbeitgeber noch selbst im Kampfe mit der Regierung, sie die sonst so loyalen Bürger, schlagen stellenweise sogar einen erstaunlich gereizten Ton an, woraus hervorgeht, wie tief ein schneidend die Steuer in die Branindustrie sein wird. Redner beleuchtet das an der Hand eines Berichtes über eine in Berlin stattgefundene Versammlung der norddeutschen Brauereien. Die Regierung sucht nun nach Kräften das Bier als ein ganz entbehrliches Genussmittel hinzustellen, im Gegensatz zu früheren Auslassungen. Allerdings darf sie ja auch nicht sagen, daß der Arbeiter, der arme Mann auch diesmal das Lasttier sei, dem man die Kosten einer verschwenderischen Politik aufzubürdet, schon aus dem Grunde nicht, um dem Beatum: es leicht zu machen, für die Steuer zu stimmen. Da nun das Beatum ein Fisch ist, der bekanntlich sehr gerne an die Regie

ungssanges heißt, so ist leider schon jetzt ziemlich sicher, daß die Regierungsvorlage in der Hauptsache angenommen wird. Und dieser Annahme wird eine Arbeitslosigkeit der Brauereiarbeiter auf dem Erze folgen, wie sie in diesem Gewerbe beispiellos bestehen wird. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Brauereiarbeiters, sich unter allen Umständen der Organisation anzuschließen, um den zu erwartenden Angriffen der Arbeitgeber gewappnet gegenüberzustehen, und um energetischen Protest einzulegen zu können gegen die Maßnahmen der Regierung, durch welche die Lebens- und Existenzbedingungen der Brauereiarbeiter unterbunden werden. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten und wurde hauptsächlich betont, daß, bedingt durch die Erhöhung der Bruttosteuer, Einkund und frühes Bierzum wiedert seinen Einzug unter den Brauereiarbeitern halten wird. Deshalb müsse mehr und immer besser agitiert werden, um solchem frevelhaften Beginnen der Regierung mit energischem Protest Einhalt gesetzt zu können. Die beiden

resolutionen fanden einstimmige Annahme. Mit einem Hinweis auf die Bedeutung und den Wert der gewerkschaftlichen und politischen Organisation, sowie der „Freien Presse“, schloß der vorstehende mit einem dreimaligen Hoch auf dieselben die Versammlung.

Koburg. Wie schon viele, so ist auch wohl das verschlossene Jahr an einem großen Teil der Koburger Brauereiarbeiter ohne jedes Interesse vorübergegangen. Eine fast unglaubliche Neutralität zeigen dieselben bei jeder Versammlung, mag dieselbe auch noch so maßgebend sein. Wie wenige Kollegen waren in der Versammlung, in welcher der für uns so wichtige Vortrag über die Unugentlichkeit gehalten wurde. ~~Es~~ **Es** doch gerade die für uns so gefährliche Krankheit, von welcher jährlich so viele unserer Kollegen im besten Mannesalter dahinerafft werden. Noch mehr trat die Lassheit in der Gewerbeversammlung zutage, wo von fast 200 Brauereiarbeitern eine geringe Anzahl anwesend waren. Man geht bei jeder Versammlung denjenigen aus dem Wege, welche einen vielleicht seine Pflicht erinnern würden oder die Kollegen auffordern könnten, dahin zu gehen, wo ihre Interessen vertreten werden,

ähnlich in der Versammlung. Viele dieser Fälle wären anzuhören, wir wollen jedoch verschiedenartige beweisen, wie gern die Vorzeile, die doch mit dem Verband gebracht hat, für sich in Altpreß zu nehmen, denn niemand wird doch behaupten wollen, daß alles so von selbst geschehen ist. Deutlich betrachte man nur das Bezahlen des nichtgetunten Handwerks auf der Altien-Brauerei; jeder kommt die paar Groschen sehr gern sich in Altpreß und läßt Worte fallen, wie: „Das gibt ein Frühstück“ oder: „Dafür kann ich heute ein paar Glas hier in der Stadt trinken“. Auch wenn die Beiträge vom Koloniverein eingetragen werden, kann man von dem Grunde eselben bezahlen. Aber für den Verband haben diese nichts Fertig. Was für Einsichten manche anwenden, ist unbegreiflich. Einmal leidet es der Dinkel nicht, trotzdem verleiht es damals vielleicht gern sich, als für seinen Mann bei dessen Einstellung der Verband den festgesetzten Lohn forderte. Andere glauben, wenn sie sich nicht organisierten, würden sie eher vorwärts kommen und spätzen erhalten. Wir von unserer Seite kämpfen dieses Zwischenpostensystem. Ein jeder Braumeister soll einen für seinen Lebensunterhalt ausreichenden Lohn erhalten, dann verschwindet auch dieses System und diese Postenjägerei, die nur den Unternehmern zugute kommt. Häufig kann man hören: „Ich melde mich ab vom Verband“, bei der geringsten Kleinigkeit, — vom Koloniverein nicht. Jedenfalls wird derselbe die Verhältnisse bessern, soviel er aber bis jetzt leider noch nichts getan hat. Aber es werden jährlich verschiedene Vergütungen abgehalten, große beden von Seiten mancher Braumeister gehalten, wie zur Arbeitsbeschaffung, um jedenfalls die Kollegen von ihren Gedanken über ihre Zukunft abzuhalten. Wir können jedem von unserem Standpunkt aus seine Vergütungen, vielleicht eher als der Koloniverein nebst seinen beiden Vorständen, sonst fünnen siejelben nicht jedes Bestreben auf Verkürzung der Arbeitszeit oder Abjagung der Sonntagsarbeit, sowie jede Verbesserung der Arbeitsergebnisse und für den Verband bestehen. Da

unterdrücken suchen und über den Verband losziehen." Der
selbe erfreut doch eine Besserstellung seiner Mitglieder, vor sich
noch einmal ein Zeugniss leisten zu können. Auch wird im
Vorstande immer von Staatsbedrohung gesprochen. Damit
ist es auch nicht so weit her, denn ein großer Teil schämt sich,
es überhaupt zu sagen, wieviel sie verdienen. Sie liegen sich
als Postbeamte und trotzdem jahrs von 30 M. und noch
mehr die Woche. Wird unter den Gehältern noch lange
gesetzt, bis sie 30 Mark erhalten. Wenn ist es doch nur zu
hören, den Lohn anzugeben, den sie für ihre schwere Arbeit
haben. Weder Meinung, wie wohl der größte Teil der
Beamten, sondern einige Kollegen aus der Staatsverwaltung zu
sagen, denn dieselben glauben, wenn das hier leiser wird,
dass heißt, sobald die Vierstundenschichtung eintrete, würden
sie auch wieder eine Lohnerhöhung erhalten. Diese sind sicher
benannt! Wenn sie sich nur nicht gewaltsig scheiden, das
liegende ist sehr leicht möglich, wenn sie sich inzwischen
wohl mögl. mit dem Verband gefümmert, sich diese ange-
schlichen haben. Wir können den Kollegen betracen, dass eine
solche Beamte und Mälzer mit ca. 150 Arbeit in die

noch nicht organisiert sind und also in bezug auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die noch sehr schlecht sind, von der Gnade des Unternehmertums abhängen, in letzter Zeit ihren Arbeitern ankündigte, daß nach Durchführung der Braufeuerverhöhung eine Lohnnerhöhung nicht mehr stattfinden könne. Bisher hatte die Firma, je nach Geschäftsgang, Alter und Dienstgrad, alljährlich am 1. April kleine Zulagen gewährt. Jetzt hat's damit ein Ende trog der noch kommenden Verteuerung der Lebensmittel usw. durch den Zolltarif. Das mögen sich diese betreffenden Kollegen bei Sturm und noch manche andere hinter die Ohren schreiben, die glauben, es kommt von selbst, und sie hätten den Verband nicht nötig. Welche Organisationsbegriffe verschiedene Kollegen der Vereinssbrauerei besitzen, zeigen einige Schreiben derselben an den Vorsitzenden, in denen sie sich aus dem Verbande abmelden. Diese waren damals dieseljenigen, welche sich bei Ausarbeitung der Lohnforderung persönliche Vorteile verschaffen wollten. Ob wohl von seiten der Betriebsleitung ihren Wünschen, die sie außerdem hatten, Rücksicht genommen werden? Nun, Kollegen, soll das so weiter gehen, oder wollt ihr, daß euer Einkommen mit euren Mehrausgaben gleichen Schritt hält? Denn ein jeder wird wissen, wieviel er jährlich bei dieser Verteuerung der Lebensmittel mehr verausgabt muss, wieviel er sich versagen und vorenthalten muss, was gerade nicht von Vorteil für seinen Körper ist. Besinnst euch; wir alle müssen mitratzen und mittaten, um unsere Verhältnisse zu bessern. Dazu gehört, daß jeder noch nicht Organisierte sich dem Verbande anschließt. Alle müssen die Presse lesen, die unsre Interessen fördert und unsere Interessen vertreibt; das ist das "Vollspalt". Jeder muß die Versammlung besuchen und nicht, wie manche, die jahrelang in seiner Versammlung zu sehen sind, dann werden wir auch bald anders dastehen. In der Versammlung kann ein jeder seine Meinung ungehindert aussprechen, was sehr von nöten ist. Kollegen, beherziget dies in eurem eigenen Interesse!

Köln. Eine Protestversammlung der Brauereiarbeiter gegen die Steuerpläne der Regierung fand am 7. Januar im Saale des „Krisallpalast“ statt. Der Besuch war zahlreich. Das Referat hatte Gilßbach übernommen. Er begann mit dem Hinweis auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Brauwesen; wie schwer es sei, diese zu verbessern, habe man noch im vorigen Jahre erlebt, wo die Brauereibesitzer lieber eine Industrie zweier Provinzen eine Zeitlang lahmlegten, ehe sie sich dazu verstanden, geordnete Arbeitsverhältnisse einzuführen. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß die gewaltigen neuen Steuerlasten, die der Brauindustrie zugesetzt werden, nicht nur dem verbrauchenden Publikum, sondern auch den Brauereiarbeitern auferlegt werden. Gemäß den Plänen der Regierung sollte die neue Biersteuer im ersten Jahre 65 Millionen Mark betragen und im Jahre 1914 auf 103 Millionen Mark steigen, das seien Summen, die die ganze Brauindustrie in Frage stellen könnten, und die zweifellos zahlreiche Betriebe dem Bankrott und dem Ruin zuführen würden. Die Brauereiarbeiter kamen bei dieser neuen Steuer besonders als Verkäufer der Arbeitskraft in Frage. Dadurch, daß man noch eine höhere Arbeitsleistung der einzelnen verlange, weil man die Arbeiterzahl auf das Mindestmaß herabdrücke, werde das Unternehmertum sich an den Brauereiarbeitern zum Teil schadlos zu halten suchen, und würde es sich noch viel hartnäckiger als heute den Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lage widersezen. Dazu komme die große Zahl dexter, die durch die Verminderung des Bierkonsums und durch die Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe brotlos werden. Die Gesamtarbeiterchaft habe den Schaden in Form verteufter Bierpreise und eines verschlechterten Gebraus zu tragen. Eine weitere schlimme Folge werde sein, daß weite Kreise, die das verteuerte Bier nicht mehr zahlen könnten, zu dem Schnaps greifen. Und alles dies geschehe den überlos wachsenden Militär- und Marineausgaben zuliebe. Eingehend wandte sich der Redner auch gegen das ungerechte, volksanschließende System der indirekten Steuern überhaupt. Die Aussführungen fanden lebhaften Beifall. Das Ergebnis der Versammlung war die Annahme der beiden Resolutions. Zum Schluß wurde noch appelliert zum Beitritt in den Zentralverband der Brauereiarbeiter.

Norden. In den beiden letzten Versammlungen hatten wir zusammen 13 Aufnahmen zu verzeichnen. Die Versammlungen finden alle 14 Tage, 4 Uhr, im Lokal von Batzmann, Sielstraße, statt. Kollegen, besucht volljährig die Versammlungen und bringt die Unorganisierten mit.

Nürnberg. Die Generalversammlung am 10. Januar war
ziemlich besucht. 14 Aufnahmen waren zu verzeichnen. Der
1. Punkt war Bericht des Vorsitzenden Wissigkell, in dem
meistens kleinere Differenzen Erledigung fanden. Dann folgte
Kassenbericht des Kollegen Hößmann, dem Decharge erteilt
wurde. Unterstützungen an mittellose Kollegen auszuzahlen, ist
Kollege Strämer berechtigt, je nach Bedürfnis. Große Aufmer-
ksamkeit herrschte, als Kollege Seupert zum ersten Male die
Krankenstatistik bekannt gab, nach der schrecklich viel Krankheiten
zu verzeichnen sind, besonders Lungenschwindsucht und Lungen-
tuberkular waren zahlreich. Um die Statistik weiter auszubauen,
wurde beantragt, daß die bisherige Kommission ihr Amt
wieder weiter ausüben möchte, und wurde dem Kollegen
Seupert für seine große Arbeit der Dank ausgesprochen. Ferner
wurde beschlossen, keine Christbaumverlosung mehr abzuhalten
und für dieselbe einen Sammelingehend zu veranstalten.

Potsdam. Am 7. Januar fand unsere Versammlung statt, die leider nur von der Hälfte der Mitglieder besucht war. Wenn die Kollegen denken, daß wir unseren Lohntarif nun endlich durchgedrückt haben, brauchen sie nicht mehr zur Versammlung zu kommen, so ist das grundsätzlich. Geht erst recht muß ein jeder daran hoffen, die Organisation auszubauen und dazu dienen auch der Versammlungsbesuch. Besonders bei den Kollegen der Brauerei Voigt fehlt es sehr, in jeder Versammlung ist nur ein und derselbe Kollege anwesend. Mit den Kollegen der Brauerei Hildebrand steht es ebenso. Klage geführt wurde, daß die Kollegen der Brauerei Voigt noch nichts von dem Lohntarif gesehen hätten, weil der Besitzer ihn bis jetzt nicht eingehalten hat, obwohl er ihn unterzeichnet hat und derselbe doch schon seit dem 1. Dezember 1905 gültig ist. Aber die Schuld liegt an den Kollegen selbst. Der Vorsitzende gab bekannt, daß noch keine Brauerei den Lohntarif ausgehängt habe. Es wurde beschlossen, den Tarif selbst drucken zu lassen und zum Selbstkostenpreise abzugeben. Die Kollegen ersuchen wir, auf dem Posten zu sein und darauf zu achten, daß der Tarif eingehalten wird. Wo es nicht geschieht, kommt zur Versammlung und berichtet, damit wir unser Recht zur Geltung bringen können, die Organisation für die Einhaltung des Tariffs eintreten kann.

Rostock. In der letzten Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß ein Kollege der Brauerei M. u. D. ausscheiden wolle, weil er mit einem andern Kollegen Zwistigkeiten habe, wobei natürlich die größten Vorwürfe gemacht wurden. Es mag richtig sein, daß der ausgetretene Kollege derjenige stets war, der seinen Mund gegen den Braumeister nie halten konnte, deon hinreichend wurde stets alles, was nur denkt ist. Was abends in der Versammlung durchgenommen wurde, das war auch am nächsten Morgen dem Braumeister unterbreitet. Ob aber der richtige damit betroffen ist, ist eine offene Frage, behauptet wird es von den meisten Kollegen der Zahlstelle. Es ist eine verwerfliche Handlung, wenn ein organisierter Arbeiter solch ein Spiel treibt. Noch ist es seine Fahrt her, da der Gewandstein zur Organisation in Rostock gelegt wurde, und schon müssen wir solche bedauerlichen Vorwürfe konstatieren; Es ist Unzinsigkeit und Nachlass bei eingesandten Beiträgen.

lückstände sind eingerissen. Es liegt aber nicht die Schuld allein an der Zahlstellenverwaltung, sondern auch die Mitglieder fehlen allzu oft. Es mögen wohl manche denken, was brauchen wir noch organisiert zu sein, wir haben jetzt unsere Wünsche erfüllt. Kollegen, das ist ein großer und verhängnisvoller Irrtum. Es ist nichts wahrer als der Ausspruch: "Es ist leichter, etwas zu erzielen, als das Errungene zu erhalten." Und wenn wir so fortmachen, wie jetzt, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis wir auf demselben Standpunkt stehen, wie vor einem Jahre. Mit Knechten und Drangsalierern wird man uns wieder kommen, moran wir doch genügend Erfahrung haben. Kollegen, seid einig, stärkt die Freiheit, steht da für einen Mann, wenn es heißt; nur in der Einigkeit liegt unsere Macht und können wir unsere Rechte und Interessen wahren!

Sangerhausen. Am 13. Januar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Es waren hierzu auch die Kollegen aus der Feldschlößchen-Brauerei besonders eingeladen und waren auch alle erschienen, vom Bordburischen bis auf den letzten Mann. Es wurde ihnen denn auch nochmals der Zweck und Nutzen der Organisation vom Vorsitzenden klargemacht und darauf hingewiesen, daß doch die beiden hier bestehenden Brauereien sich zu einem Unternehmen vereinigt haben, um Kapital auf Kapital zu häufen, daß da die Arbeiter der beiden Brauereien schon lange zu einander gehörten, um ihre Interessen zu wahren. Daraufhin traten denn auch sämtliche Kollegen, also 16 Mann, der Zahlstelle als Mitglieder bei. Natürlich blieb dies auch dem Braumeister nicht bestellt in der Feldschlößchen-Brauerei kein Geheimnis. Als dann die Kollegen am nächsten Montag zur Arbeit kamen, nahm er sie sich einzeln vor und suchte zu ergründen, wer denn alles dem Verbande beigetreten wäre. Selbstverständlich war denn auch die Antwort: Wir sind alle dagegen und auch alle der Organisation beigetreten. Nun glaubte der Herr sich als Retter des Kapitals ausspielen zu müssen, er nahm sich denn auch den Bordburischen extra und setzte ihm mit Mädenarten so lange zu, bis es der Kollege nicht mehr aushalten konnte und dem Herrn vertrug, den "Sozialdemokraten" den Rücken zu schlagen, was denn auch geschehen ist. Nun, wir könnten dem Herrn Braumeister nur verraten, daß dieser Terrorismus ihm noch sehr unangenehm werden kann, denn schließlich sind doch die organisierten Arbeiter die Hauptinstrumenten des Bieres. Wenn die Brauereiarbeiter auch ein solches Einfonnieren hätten, wie diese Herren, dann hätten sie es auch nicht nötig, sich einer Organisation anzuschließen, so aber liegen die Verhältnisse anders. Es wird sich ja später dem Herrn noch zeigen, was die Organisation den Brauereiarbeitern für Vorteile bringt.

Am 18. d. Ws. fand dann auch eine Protestversammlung statt, in welcher Kollege Ahlers referierte. Er geißelte in scharfen Worten das Verlangen der Regierung und führte klar vor Augen, daß durch die Annahme einer derartigen Vorlage die so schon getriebenen Brauerei- und Mälzereiarbeiter in erster Linie die Bezahlung zu tragen haben, da sich das Unternehmertum zuerst an seinen Arbeitern schadlos hält. Er forderte dann noch die Unwesenden auf, soweit sie in unserem Berufe tätig sind, sich dem Brauereiarbeiterverband anzuschließen, was denn auch versprochen wurde. Es wurden beide Resolutionen einstimmig angenommen.

Zu Anfang des Jahres hatten wir hier eine Lohnbewegung in unserem Berufe. Keiner stand derselben die Leitung unseres Verbandes in der Weise fern, daß die Beteiligten derselben zum größten Teil dem Transportarbeiterverband angehören. Es kann hier nur so viel verraten werden, daß, wenn diese Ungelegenheit in unseren Händen gelegen hätte, sie schon längst zur Zufriedenheit der Beteiligten geregelt wäre. Die bestehenden Arbeiter werden auch hierbei gernkt haben, daß ihre Interessen nur von einem Vertreter dessenigen Verbandes gewissenhaft vertreten werden können, in dessen Beruf sie arbeiten.

Schiltigheim. Am 14. Januar tagte im "Roten Ochsen" eine vom Brauereiarbeiterverbande euberfasste Protestversammlung gegen die von der Regierung geplante Biersteuer. Der große Saal war gut besetzt, zum größten Teil von den Brauereiarbeitern. Doch auch Angehörige anderer Berufe waren erschienen. Der Referent, Petroses-Straßburg, vertrat es, die Kaufmannschaft der Zuhörer in hohem Grade zu fesseln. Seine ca. einstündigen, die Mutterie vollständig beherrschenden Auseinandersetzungen geben wir in Kürze in folgendem wieder: "Um sich über die Wirkungen der geplanten Biersteuer klar zu werden, muß man wissen, weshalb sie gefordert wird: Einzig aus dem Grunde, weil unsere regierenden Herren in Berlin wieder einmal notwendig Geld brauchen. Die fünf Milliarden französische Kriegsschädigung sind schon längst verpaßt, dazu hat man noch rund 3½ Milliarden Schulden gemacht. Die Lasten für Militär und Marine werden zu neuem Zehntausend auf die Schultern der Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern abgemacht. Diejenigen, die den Nutzen von dem Militär- und Flottenpiel haben, die bestehenden Klassen, die wollen nichts dazu zahlen. Sie haben von jeher das Sickerzahlen anderen überlassen. Sehr drückend wird für das Elsass die Tabaksteuer werden, die 40 Millionen Mark einbringen soll. Neben dem Stützpunkt sollen besonders jenseitige Zigaretten, die hiesigen Einspenn-Zigaretten, die "Rothändle" schwer ge troffen werden. Man will weiter eine Personen-Fahrtsteuer und eine Frachtbriefsteuer einführen. Die Automobilsteuer, welche die Besitzenden treffen soll, wird die lächerlich geringe Summe von 3 Millionen Mark einbringen. Auch mit der Eibachsteuer, welche in Frankreich 200 Millionen Mark und in England 350 Millionen Mark dem Staat einbringe, geht man in der Vorlage gegen die Besitzenden außerordentlich scherhaft vor; sie wird im Höchstfalle 40–50 Millionen Mark abwerfen. Dagegen greift unsere Regierung wiederum zum indirekten Steuersystem. Es ist das raffinierteste System, welches je ausgeschlüpft werden konnte. Es ist ausgerechnet worden, daß nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge am 1. März 1906 die Arbeitersfamilie jährlich 25 Prozent ihres Einkommens als Steuer an den Staat entrichten muß. Heute bringt die Biersteuer dem Reich 30 Millionen Mark ein. Sie ist schon sehr alt. Im Elsass datiert sie aus dem Jahre 1816, in Preußen seit 1819. — Die wiederholten Versuche der Regierung um Erhöhung der Steuer sind bisher immer im Reichstag gescheitert. Nach den Vorschlägen des Herrn Stengel wurde die gegenwärtige Steuer, bis 1914 stufenweise steigend, mehr als verdreifacht werden und anstatt jetzt 30, rund 103 Millionen Mark einbringen. Die gegenwärtig bestehenden Biersteuern der fünf deutschen Brausteuergemeinde werden auf die verschiedenartigste Weise erhoben; in Elsass-Lothringen als Kesselfreier. Diese bringt hier 3,6 Millionen Mark ein, wovon 1,2 Millionen an das Deutsche Reich abgeführt werden müssen. Bis 1914 sollte Süddeutschland anstatt wie bisher 4 Millionen 19 Millionen Mark aus den Erträgen der Biersteuer, falls sie nach dem Entwurf Stengel Gesetz würde, an das Deutsche Reich abführen. — Das einzige Gute des neuen Gesetzes würde das Surrogatverbot sein. Nach der Vorlage sollen Steuersätze steigend bis 12,50 M. pro Doppelpzentner gezahlt werden. Braucht eine Brauerei 100.000 Doppelpzentner Bier, so zahlt sie 550.000 M. mehr an Steuern, wie heute unter dem alten Steuersystem. So müßte die Brauerei Schulteck in Berlin, welche zu den größten Brauereibetrieben von ganz Deutschland zählt, anstatt jetzt 970.000 M. 3½ Millionen Mark auf dem Markt des Kaiserstaates opfern. Unsere Großbrauereien, welche eine nach kapitalistischen Begriffen nicht zu hohe Durchschnittsdividende von 7 Prozent zahlen, können, wenn sie nicht noch Geld drauslegen wollten, diese neuen Lasten niemals auf sich nehmen. Der Gedanke der Regierung, durch die neue Steuer die kleinen Brauereien zu schützen, wird an dem natürlichen Gang

der Entwicklung scheitern. Die kleinen Brauereien werden doch zugrunde gehen, wie es in Württemberg, dessen Steuer Freih. v. Stengel zum Muster diente, und auch anderwärts schon gegangen ist. Nun kommt noch hinzu der neue Bollard, welcher die deutsche Brauindustrie ab 1. März durch seine hohen Bollards auf Hopfen, Gerste, Pferde und andere Produkte wiederum mit rund 25 Millionen Mark neuer Steuern belastet, und die Folge wird sein, daß das Bier entweder teurer oder schlechter wird. — Die Gastwirte haben in großer Masse erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, diese Belastung oder einen Teil derselben auf sich zu nehmen. Die neue Steuer würde mit Sicherheit einen bedeutenden Rückgang des Bierverbrauchs hervorrufen und dadurch wird eine Reihe Brauereiarbeiter schwer getroffen. Sie werden unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, und die Verhältnisse in diesem Berufe werden sich noch bedeutend verschlechtern. Das einzige Mittel gegen diese neue Bedrückung ist der Zusammenschluß in einer straffen gewerkschaftlichen Organisation. Deshalb ist es notwendig, daß die hiesigen Brauereiarbeiter, die gegenüber ihren Kollegen in Altdeutschland noch unter ganz miserablen Lohns- und Arbeitsverhältnissen existieren müssen, sich beizeiten ihrer Lage bewußt werden und Vorkehrungen hierzu treffen. Dies kann aber nur geschehen, wenn sie sich sam und sonder der Organisation der Brauereiarbeiter Deutschlands anschließen, welche es seit ihrem Bestehen verstanden hat, geregelte Verhältnisse in den meisten Städten zu schaffen. Weder schloß unter stürmischem Beifall aller Anwesenden, indem er eine Resolution empfahl, welche aufschäfft gegen jede höhere Besteuerung des Bieres protestiert, als eine Maßnahme, die gegen die Interessen der Arbeiter der Brau- und Malzindustrie und gegen die Existenz von Kaufleuten derselben gerichtet ist.

In der Diskussion beprach der Vorsitzende der Versammlung die Lage der Brauerei-Industrie in Schiltigheim. Auch hier habe man in wenigen Jahren drei Mittelbrauereien, die "Zum Rhein", die "Zum weißen Hahn" und die "Zur Vogt" in größeren Betrieben angehen lassen. In der gegenwärtigen Brauerei "Münsterbräu" würde bedeckt mehr Bier erzeugt, als in den beiden früheren Betrieben miteinander, und doch seien in der jetzigen Doppelbrauerei 40 bis 50 Arbeiter weniger beschäftigt, als in den beiden Vorgängern. Das die Folge der Verbesserung der maschinellen und sonstigen Einrichtungen. Die Löhne in Schiltigheimer Brauereien betrügen bei einer Arbeitszeit von 12 Stunden kaum 16 bis 18 M. und dabei werde die Sonntagsmorgearbeit nicht extra bezahlt. Durch einen Zusammenschluß im Brauereiarbeiterverbande, dessen Vize Redner noch kurz erklärte, sei es möglich, diese unzulänglichen Zustände zu beseitigen, zum Segen der Arbeiter und ihrer Familien. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, ferner noch eine zweite, welche zum Anschluß an den Brauereiarbeiterverband auffordert. Beiderer Aufrichterung des Vorsitzenden Gen. Fuchs und des Referenten leisteten auch eine größere Anzahl der Anwesenden Folge, so daß die aus bester verlaufene Versammlung auch nach dieser Richtung ihren Zweck erfüllt hat.

Schwerin. Eine Protestversammlung gegen die geplante Erhöhung der Brauerei-Steuer fand hier am 11. Januar statt. Es waren erfreulicherweise nicht nur nahezu sämtliche Mitglieder der Zahlstelle, sondern auch eine Anzahl unorganisierter, in hiesigen Betrieben beschäftigter Interessenten erschienen, welche nach Schluss der Versammlung sämtlich der Organisation beitrat, so daß wir das erste positive Resultat von 13 Neunaufnahmen zu verzeichnen hatten. Referent war Gauleiter Ebel. Beider konnte die Versammlung nicht den programmähnlichen Verlauf nehmen, da sie durch einen Polizeibeamten überwacht wurde, welcher erklärte, daß jegliche politische Erörterungen, als dem Mecklenburger Verein gesetztes zu widerlaufen, unterbleiben müßten. Was also im ganzen übrigen Deutschen Reich erlaubt, das ist hier im Obotritenlande verboten. Nun, der Mecklenburger Staatsangehörige muß ja so manches geduldig hinnehmen, umso mehr konnte uns auch dies nicht aus der Fassung bringen. Dafür haben wir auch den Vorzug in Mecklenburg zu leben, in dem Lande ohne Verfassung. So war denn Kollege Ebel geneigt, sein einstündigiges Referat innerhalb der ihm von der Polizei gesetzten Grenzen zu erledigen, und deshalb nur vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus zu behandeln. Davon ausgehend, was Organisation im allgemeinen zu bedeuten hat, und daß sie die Voraussetzung ist für den Erfolg der modernen Gewerkschaftsbewegung, führte der Referent weiter aus, daß es den taiflängigen Bemühungen einfacher Kollegen gelungen sei, am Orte eine Zahlstelle ins Leben zu rufen, welche nun seit ihrem Bestehen eine äußerst wirksame Tätigkeit entfaltet hat, und welche als leuchtendes Beispiel dem ganzen Mecklenburger Lande vorangehen müsse. Zumal in einer Zeit, in welcher sozusagen jeder Tag neue wirtschaftliche Fragen aufstellt, die für das gesamte Erwerbsleben von tief einschneidendem Bedeutung sind, sei es heilige Pflicht aller organisierten Kollegen, sich fest zusammenzuschließen und auch die Indifferenter aufzuwühlen und die Organisation heranzuziehen. Redner leitete sodann über auf die Folgen der von der Regierung geplanten Brauerei-Steuererhöhung, welche, wenn sie zur Wirklichkeit werden sollte, gerade durch die ungleiche Belastung der Brauereien einen bisher unerhörten Konkurrenzkampf heranbeschleunigen würde, d. h. unmittelbare Folgen der Ruin zahlreicher Kleinbetriebe wäre, was wiederum die Entlassung vieler Arbeit zu Folge hätte. Eine weitere für uns geradezu gefährliche Wirkung sei zu erwarten in der erhöhten Konzentration des Braukapitals, dem Hauptkampfmittel der Unternehmerorganisationen, denen wie reitungslos preisgegeben sind, wenn wir ihnen nicht unsererseits eine starke, festgefügte Organisation gegenüber zu stellen imstande sind. Kollege Ebel forderte auf zum energischen Protest gegen die Steuererhöhung der Regierung. Nach einer kurzen Diskussion wurde einstimmig die bekannte Protestresolution angenommen. Der Vorsitzende forderte sodann noch die Kollegen auf, alle die Mecklenburger "Volksszeitung" zu abonnieren, auch möge jeder sein bestes tun in der Agitation. Mit einem begeisterten Hoch auf den Centralverband deutscher Brauereiarbeiter schloß der Vorsitzende dann die Versammlung. — So hat der Referent durch sein ebenso geschicktes wie maßvolles Verhalten dem Hüter der öffentlichen Ordnung keine Veranlassung zum Einschreiten gegeben und, was die hanauische ist, den eigentlichen Zweck der Protestversammlung vollständig erreicht.

Trier. In dem Bericht der "Brauer-Zeitung" Nr. 3 unter "Trier" soll es nicht heißen: "Funk-Brecher, sondern Funk u. Brecher." **Strasburg-Königshofen.** Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung beschäftigte sich am 13. Januar im Saal des "Großen Turm" mit der neuen vom Steuerminister o. Stengel in Vorschlag gebrachten Biersteuer. Gemeindemitglied Petroses, welcher das Referat übernommen hatte, zeigte plakatmäßig dieses das gesamte Steuerproblem, welches ein richtiges Angstprodukt der Raump- und Schuldenwirtschaft des Reichs sei, in schowungloser Weise und wandte sich dann an die eingehender Würdigung der in den verschiedenen Brausteuergemeinden schon bestehenden Biersteuern dieser neuangestarteten, für Konkurrenten und Produzenten gleich unanmaßbaren Erhöhung dieser Steuern zu. Seine durch lebhaften Beifall belohnten rathau einstündigen Ausführungen gippten in einem warmen Appell an die Geschäftenen, vollzählig dem Centralverband deutscher Brauereiarbeiter beizutreten. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution und eine weitere, welche

energisch gegen die neue Steuer protest erhebt, wurden einstimmig angenommen.

Worms. Am 14. Januar fand unsere erste Generalversammlung statt, zu der leider noch nicht die Hälfte der Mitglieder erschienen waren; ein Zeichen, daß ein großer Teil der Mitglieder noch nicht zu der Erkenntnis gelangt ist, daß sie neben ihrer Beitragszahlung auch die Pflicht haben, die Versammlungen zu besuchen, wenn sie ihre Löhne verhältnisse verbessern wollen. Zum 1. Januar gab der Kassierer den Haushaltbericht vom 4. Quartal; sodann erfolgte Jahresabschluß. Die Einnahmen betragen seit Gründung der Zahlstelle 151.200 Mark, die Ausgaben 268.80 Mark. An die Hauptrasse abgedrückt 104.34 Mark. Mitgliederstand 79. Kollege Maier erstattete hierauf den Kartellbericht. Hier stand wieder ein Fall zur Behandlung, der deutlich zeigt, in welchen Mitteln die Führer des Transportarbeiterverbandes gegen uns arbeiten und welchen Haß sie gegen die Bierschaffner, Fuhrleute des Brauereiarbeiterverbandes haben, hier wie in so vielen anderen Städten. Die Drohung des Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes, bei einem eventuellen Streik der Brauereiarbeiter Fuhrleute in die Brauereien als Streikbrecher zu senden, wurde von unseren Delegierten in der Karikatur zur Sprache gebracht. Auch die anderen Kartelldelegierten vertraten das Verhalten des Vorsitzenden des Transportarbeiterverbandes auf schärfste, so daß derselbe seine Leistung — zurückzog. (Das ist nicht das erste mal, daß Führer des Transportarbeiterverbandes bei Lohnbewegungen der Brauereiarbeiter Streikbrecher zu liefern drohten. Wenn man im Transportarbeiterverbande absolut den Streikbruch als Bildungs- und Erziehungsmittel praktizieren will, wie können und müssen es nicht hindern.) Das öffnet manchen die Augen und besonders den Bierschaffnern. D. R. Dann erfolgte der Jahresbericht. Es fanden im ganzen statt 11 Vorstandssitzungen, 10 Mitglieder, 4 öffentliche und 2 Geschäftssitzungen. Dem Vorstande wurde Decharge erteilt und hierauf die Vorstandswahl erledigt.

Zweibrücken. Am 14. Januar fand auf Veranlassung der Zahlstelle Birkenfeld in Zweibrücken eine öffentliche Brauereiarbeiterversammlung statt zwangs Protestes gegen die Brauerei-Steuererhöhung. Gauleiter Kollege Thierer aus Karlsruhe sprach in eingehender Weise über das Thema: "Die Erhöhung der Brauerei- und deren Folgen für die Brauereiarbeiter." Er wies auf die verschiedenen Steuervorlagen hin, die die Regierung dem Volke präsentierte, darunter auch die Erhöhung der Brauerei- und zwar in der Höhe von 60 Millionen Mark. Trotzdem die Brauerei auf Süddeutschland seine so große Wirkung ausübt, wie auf die norddeutsche Brauindustrie, ist dieselbe für uns doch unannehmbar. In Süddeutschland wirkt hauptsächlich die Tabaksteuer in verheerendem Maße und werden durch Annahme derselben Gehaltsaufsicht von Arbeitern dem Gespenst Arbeitslosigkeit in die Knie getrieben. Für uns wäre es nur erwünscht, wenn die Eibachsteuer eingeführt würde, denn diese treffe die leistungsfähigen Schülern. Daß die Brauereierhöhung auch auf die Brauereibesitzer ihre Wirkung nicht verschlägt, steht für uns fest. Redner führt Beispiele einiger größerer Brauereien an, bei welchen bei Führung der Brauerei die Dividenden verschwinden werden. Die Lage der Brauereiarbeiter verschlechtert sich hauptsächlich auch durch die technische Einrichtung im Maschinenwesen sowohl immer mehr. In nächster Zukunft für die Arbeiter günstige tarifliche Vereinbarungen zu erzielen, wird schwer fallen, da die Unternehmer sich auf die Erhöhung der Steuer berufen werden, trotzdem in verschiedenen Städten die Brauereiarbeiter noch verschiedene vorhanden. Trotzdem in letzter Zeit die Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise gewaltig gestiegen sind, hat sich noch keine Brauerei erkennt, ihren Arbeitern Leistungszulage zu gewähren, mit Ausnahme einer Brauerei in Worms, und diese hat es auch sehr notwendig gehabt in Rücksicht auf ihre sehr schlechten Löhne. Er forderte die Anwesenden auf, ihre Furcht vor den Vorgesetzten abzulegen und der Organisation beizutreten.

An der Diskussion beteiligte sich u. a. auch ein Herr der Betriebsabteilung der Exportbrauerei Zweibrücken. Er erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten im großen ganzen einverstanden. Unter anderem bedauerte er, daß so wenige Brauereiarbeiter anwesend wären, da doch der Zweck der Versammlung von sehr großer Wichtigkeit für sie wäre. Weiter meinte er, die Unternehmer in Zweibrücken würden sich wohl hätten, ihren Arbeitern die Verhältnisse zu verbessern, wenn diese nicht für notwendig hielten, die beispielhafte Forderungen zu stellen. Also, Brauereiarbeiter von Zweibrücken, es ist euch damit gesagt: Schließt euch der Organisation an, dann werden auch eure zum Teil noch sehr schlechten Verhältnisse gebessert werden können, und das wäre doch wohl für euch kein Schaden. — Die Protestresolution wurde einstimmig angenommen.

Bandschen.

Kapitalkonzentration — Brauereifassaden. Die Klosterbrauerei München will die Kochelbrauerei übernehmen, die einen Absatz von ca. 30.000 Hektolitern hat. Die Generalversammlung der Klosterbrauerei am 29. Januar wird darüber entscheiden. Wie verlaufen, soll der Betrieb nach der Kochelbrauerei verlegt werden.

Die Brauerei a. F. Fischer, Aktien-Gesellschaft vormals J. Schardt, in Schiltigheim, kaufte die Brauerei Niss in Kölmar.

Die Karmeliterbrauerei in Eßlingen ging durch Kauf an die Brauerei English Garden, Stuttgart, und die Augustinerbrauerei in Eßlingen an die Aktienbrauerei Wulle, Stuttgart über. Diese zwei angelaufenen Eßlinger Brauereien sollen stillgelegt werden.

Die Bergschlößchenbrauerei Braunsberg kaufte die Bensensbrauerei derselbst.

Die Brauerei und Malzfabrik von H. Heyd in Höhebühl (Württemberg) wurde von der Brauerei English Garden, Stuttgart, gekauft. Auch die Brauerei Heyd soll stillgelegt werden, nur die Malzfabrik wird weit geführt.

Weiter meldet die Tagespresse, daß die Brauerei Brauverein, Gera, das Bürgerliche Brauhaus, Gera, und die Aktien-Brauerei in Pforzheim die Aktien-Brauerei in Tinz zu erwerben beabsichtigen.

Abrichtung über den Streik im Bürgerlichen Brauhaus in Ulzen
vom 3. Mai bis zum 30. November 1905.

(Zahlstelle Ulzen.)

Einnahmen:

Erhalte aus der Hauptfasse	200.— M.
Beiträge zurückgekehrt (2. Quartal 1905)	110.48
(3. Quartal 1905)	143.60

Gan Hollegen am Orte aufgebracht

Summa: 253.78 M.

Abrechnung für das 3. Quartal 1905 des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter (Sitz Hannover.)

A. Deutliche Verwaltungsstellen.

Name der Satzstelle	Mitglieder zahl	Einnahme pro 3. Quartal												Ausgabe pro 3. Quartal												Summa mit Gehalts- abgeleistet				
		Eintritts- gelder				Beiträge				Sonstige Einnahmen				Gebühren aus Gesamt-Ein- nahme				Gebühren unterstiftung				Erbeitslohn unterstiftung				Gebühren rechtes Umtausch auf andere Städten				
		ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.	ml.	w.					
Alsfeld	10			40				40				40																310	3690	40
Altenburg	72		11			296,40				207,40		19																5290	25460	307,40
Alzen	19		2			93,40				100,40		26		3													5895	100,40	95	
Ansbach	21		3			92,40				95,40																				
Antwerpen	14					77,20				77,20		18		8		45														
Arolsen	80		13			185,20				198,20																				
Arnstadt	11		6			38				44																				
Aschaffenburg	112		9			589,20				598,20		27		21													695	37,5	198,20	
Aschersleben	8					43,20				43,20																				
Augsburg	367		211			1236,80				1447,80		60		153																
Aurich	47					250,40				250,40		15																		
Bamberg	46		1			190				88,80																				
Bagowith	25		22			66,80				88,80																				
Berlin I	771		23			3388,60				3411,60		529		610																
Berlin II	2195	6	272			10301,13		1		10587,20		1471		214		180		25,50		15										
Bernburg	25		4			103,20				107,20																				
Bielefeld	38		6			325,20				331,20		71		17																
Bokum	11					29,60				29,60																				
Brandenburg	18		1			84,80				85,80																				
Braunschweig	95		3			423,20				426,20		426,20																		
Bremen I	41		2			247,60				249,60																				
Bremen II	656	2	163	1		2325,60				2429,60		371		12																
Bremervörden	76		7			414,40	3,60			425		425																		
Breslau	249	1	49			855,60				904,60		128		75																
Bрюssel	21					49,20				49,20																				
Cafel	270		31			1320,80				1362,30		266		6																
Celle	57		5			309,20				314,20		30																		
Chemnitz (G.-D.R.)	355	10	42	1,50		1041,20	20			1104,70		48		41		60		30												
Coburg	57		7			238,80				245,80																				
Cöln	110		2			501,60				503,60	151	2		654,32	96	90	90		15											
Cottbus	59		4			116,40				120,40																				
Crefeld	22		2			74,80				76,80		20		21																
Darmstadt	89		9			427,20				436,20																				
Dessau	56		3			308,40				311,40		32		6		90														
Dettmold	18					28,40				28,40																				
Döbeln (G.-D.R.)	9		1			48,80				49,80																				
Donaueschingen	33		1			156,80				137,80																				
Dornburg a. S. . . .	9					46,80				46,80																				
Dortmund	70		1			179,60				180,60		72,90		253,50	45	169														
Dresden (G.-D.R.)	1254	32	84	1,50		5141,20	82			5308,70		606,50																		

